

THÜR. LANDTAG POST
14.04.2023 14:47
10510/2023

Verband der Wirtschaft Thüringens e. V.



Thüringer Landtag
Zuschrift
7/2505

zu Drs. 7/7533

**Den Mitgliedern des
HuFA**

**Stellungnahme
zu dem Beratungsgegenstand
Drittes Gesetz zur Änderung des Thüringer Energiekrise- und Corona-Pandemie
Hilfefondsgesetzes
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU
- Drucksache 7/7533 -**

Auf einen Blick

Wir begrüßen den Entwurf, da er die akuten Liquiditätsprobleme in den Blick nimmt und den erforderlichen Anpassungsbedarf vornimmt. Potenzial sehen wir bei den bislang zu hohen Zugangsvoraussetzungen für die kurzfristigen Hilfen.

Lage in der Mitgliedschaft der Thüringer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände und Einordnung einer kurzfristigen Erhebung im Januar 2023 unter den Mitgliedern der Thüringer Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände zufolge hatten zu diesem Zeitpunkt nur 1,6 Prozent geplant, einen Antrag für den Thüringer Härtefallfonds zu stellen. Hauptgründe waren, dass die Befragten die Kriterien nicht erfüllten bzw. die Mittel zum damaligen Zeitpunkt nicht benötigten.

Trotz der teilweise deutlichen Rückgänge bleiben die Strom- und Gaskosten unverändert auf erhöhtem Niveau. Es ist denkbar, dass bei einer erneuten Bevorratung von Gas für die Heizperiode Spätsommer/ Herbst des Jahres wieder Gas für die Heizperiode bevorratet werden muss, es zu einem erneuten sprunghaften Anstieg zumindest der kurz- und mittelfristigen Kosten kommt. Die gesellschaftlich-politisch gewünschte Angebotsverknappung durch den Atomausstieg könnte hier – entgegen allen politischen Wunschvorstellungen – verstärkend wirken.

Da im weiteren Verlauf des Jahres bei etlichen Betrieben die noch bestehenden mittel- und langfristigen Verträge auslaufen und neue unter den gegenwärtigen Konditionen ausgehandelt werden müssen, ist von anhaltend hohen Kosten für die Thüringer Wirtschaft auszugehen.

Insofern ist die bekannt gewordene Diskussion um eine sachfremde Verwendung der Mittel wegen fehlender Anträge mindestens verfrüht, eher verfehlt. Stattdessen sollte der Zugang zu den Mitteln verbessert werden.

Das aus unserer Sicht größte Hindernis ist der in der Richtlinie geforderte Nachweis der wirtschaftlichen Existenzgefährdung. Diese hat das Potenzial, dem Antragstellenden im Nachgang Probleme mit Banken oder Kunden zu bereiten, bestätigt doch ein sog. Prüfender Dritter offiziell die drohende Insolvenz.

Schließlich sollte geprüft werden, ob der Zeitraum für die Antragsstellung mit Blick auf die oben dargelegten Entwicklungen über den angegebenen 30.09.2023 verlängert werden kann.

Erfurt, 14.04.2023

Leiter Wirtschafts- und Umweltpolitik